

Rede zum Haushalt 2016
Rm Münch (FBI)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger dieser schönen Stadt,

als einziger parteiunabhängiger Vertreter, als Vertreter der Freien Bürgerinitiative – FBI, glaube ich, bin ich besonders gut geeignet, einen ideologisch relativ wertfreien Blick und objektiven Blick auf die Stadt und den Haushalt zu werfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
775 Jahre Rat der Stadt Dortmund, so alt wird dieses ehrwürdige Gremium zur Jahreswende und diese Stadt hatte immer Glück mit ihren Stadträten. Und die Stadträte sind nicht die Ratsmitglieder, sondern damals waren es besoldete Stadträte und ich freue mich, dass unsere heutigen 6 Stadträte genauso engagiert für diese Stadt, genauso kompetent für diese Stadt agieren, was sich auch durchaus in diesem Haushaltsentwurf zeigt. Denn einen genehmigungsfähigen Haushalt in dieser schwierigen Zeit zu erstellen, da gehört schon etwas dazu. Mit Ausnahme der Zeit 1933 bis 1945 hat Dortmund mit seinen Stadträten immer Glück gehabt und ich freue mich, dass sich das fortsetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
seit 1999 bin ich im Rat und das war damals noch eine demokratiefreundlichere Zeit. Da gab es keine Redezeitbeschränkung. Da hat man hier noch diskutiert. Hier wird nicht mehr diskutiert. Hier wird man jetzt kastriert, verbal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
in meiner 14. Haushaltsrede, es ist nicht die 15., wir haben damals einen unseligen Doppelhaushalt beschlossen, der dann sogar noch zu einem Wahlbetrug führte und zu einer Wahlwiederholung, möchte ich nur einige Aspekte ansprechen. Ich bin hier nicht sehr beliebt, aber das spricht nicht für den politischen Charakter und vielleicht auch nicht für die intellektuellen Fähigkeiten derjenigen, die mich nicht leiden können, denn der Philosoph Bertrand Russel hat gesagt: Fortschritt ist nur über Minderheiten möglich. Deshalb freue ich mich, dass ich in diesen 15 Jahren als Minderheit sicher auch zum Fortschritt dieser Stadt beigetragen habe.

Als ich 1999 das erste Mal in den Rat der Stadt Dortmund eingezogen bin, habe ich geglaubt, hier ein Gremium kluger Leute vorzufinden, denen das Wohl dieser Stadt am Herzen liegt. Nach 15 Jahren kann ich sagen, dem ist nicht so. Die Parteien und die Fraktionen machen viel Bewegung, aber im Wesentlichen für sich. Das heißt, es geht hier im Wesentlichen um Parteiinteresse, nicht um das Interesse dieser Stadt. Es geht hier um eine parteiliche Selbstbedienungsmentalität. Deshalb wird mir vor allen Dingen die SPD zustimmen, wenn ich sage, in Dortmund ist SPD Selbstbedienungspartei Dortmund. Wir fangen mit einigen kleinen Sachen an. Gekko 2007. Eine 107 Millionen Beteiligung der Stadt Dortmund über die DSW an einem Kraftwerk, das damals schon als Pleitekraftwerk prognostiziert wurde. Alle haben gewarnt. Aber der SPD-Pehlke, der Chef von DSW, dem war das egal und den Abnickern in der SPD, damals noch der Prüsse-SPD, war das auch egal. Deshalb ist in einem einzigartigen Vorgang, wo die SPD ihre Interessen nur mit den Stimmen der Rechtsextremisten durchsetzen konnte, mit der DVU damals, zu einem gewaltigen Schaden für diese Stadt gekommen. Seit

2013 in Verantwortung der SPD, mussten wegen Gekko, 70 Stellen, bei DSW21 gestrichen werden. Das ganze Abenteuer wird uns vermutlich mehr als 107 Millionen Miese kosten. Und das zum Thema Selbstbedienungsmentalität. Die SPD hat ihre Posten gut besetzt, in trauter Einigkeit mit der CDU, aber nicht mit den besten Leuten für diese Stadt. Nein, mit verdienten Parteisoldaten und deshalb hoffe ich, dass Sie jetzt die Notbremse ziehen. Pehlke ist, aufgrund Gekko, nicht länger tragbar. Er müsste, wenn er noch Charakter hat, längst zurückgetreten sein.

Eine andere Sache auch hier, die Selbstbedienungsmentalität. Sie sehen, überall muss gespart werden. Aber nicht bei den Fraktionen im Rat. Die beschließen, wie das im Bundestag auch üblich ist, 1,5 Mio. Euro Fraktionszuwendungen. Die SPD kriegt mehr als eine halbe Millionen im Jahr. Und wofür braucht man das oder braucht die SPD das. Nein, das hat die SPD uns bewiesen in dem Zug des Wahlbetruges der Wahlwiederholung. Da sollte nämlich aus diesen städtischen Fraktionsgeldern 120.000 Euro rechtswidrig für Privatklagen von SPD-Ratsmitgliedern, die sich nicht wieder zur Wahl stellen wollten, wieder verwendet werden. Dies ist glücklicherweise mit meiner Unterstützung und natürlich auch mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft dann nicht realisiert worden. Das zum Thema Selbstbedienungsmentalität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich möchte nur zwei Positionen zu diesem Haushalt stellen. D. h. ein Punkt und das werde ich gleich dann auch als Antrag in der Diskussion noch stellen, Selbstbedienungsmentalität der Parteien und Politikverdrossenheit bekämpfen. Und der zweite Punkt ist natürlich *nomen est omen*, wenn jemand schon das Kürzel FBI wählt, dann liegt ihm die Sicherheit in dieser Stadt besonders am Herzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
in keiner anderen Ruhrgebietsstadt und westfälischen Stadt ist das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, so groß wie in Dortmund. OB Überfall, ob Raub, ob Wohnungseinbruch 30% niedrigere Kriminalitätsraten finden wir in den Nachbarstädten Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum oder ein bisschen ländlicher Bielefeld und Münster. Und das ist tatsächlich ein unhaltbarer Zustand, dass die Sicherheit, trotz Masterplan Sicherheit, so einen geringen Stellenwert in dieser Stadt hat. Das Problem ist natürlich nicht nur ein Stadtproblem. Hier ist vor allem die Landesregierung gefragt. Uns fehlen 50 bis 60 Polizisten, um das Verbrechen nachhaltig in Dortmund zu bekämpfen und die steigende Kriminalitätsrate endlich zu senken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
damit kommen wir dann zu Dingen, wo ich mich frage, wie weit ist es mit unserer Pressefreiheit in Dortmund bestellt. 38,4 % der Straftaten in Dortmund werden laut der aktuellen Polizeistatistik von Ausländern begangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
d. h. diese Stadt hat, bei aller Neutralität, ein Problem mit kriminellen Ausländern. Dieses Problem wird weder von der Presse angepackt noch hier im Rat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über Zuwanderung, egal welcher Art sprechen, sollten wir das im Hintergrund behalten. 70 % des organisierten Menschenhandels mit Zwangsprostitution wird von Ausländern begangen.